

## **Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SRL NR. 892) Umsetzung Inkassohilfeverordnung**

### **Vernehmlassung - Fragebogen**

Bitte verwenden Sie für Ihre Stellungnahme diesen Fragebogen.

Wir danken für die Rücksendung des Fragebogens bis am 30. September 2021 per E-Mail an: [disq@lu.ch](mailto:disq@lu.ch)

<b>Fragebogen eingereicht von:</b>	
Behörde/Institution/Organisation:	Evangelisch-Reformierte Landeskirche des Kantons Luzern
Adresse:	Hertensteinstrasse 30, 6004 Luzern
Ansprechpartner für Rückfragen:	Peter Möri, ao. Geschäftsstellenleiter
Telefonnummer:	041 – 417 28 80
E-Mail-Adresse:	geschaeftsstelle@reflu.ch
Hat Ihre Gemeinde die Aufgabe der Inkassohilfe oder der Alimentenbevorschussung an Dritte delegiert?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, sowohl Inkassohilfe als auch Alimentenbevorschussung, an: <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> <input type="checkbox"/> ja, nur Inkassohilfe oder Alimentenbevorschussung an: <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> <input type="checkbox"/> ja, nur Alimentenbevorschussung an: <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a>

<b>1</b>	<b>Sind Sie <i>grundsätzlich</i> mit der geplanten Umsetzung der Inkassohilfeverordnung im Kanton Luzern einverstanden?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>2</b>	<b>Befürworten Sie, dass die Zuständigkeit im Bereich der Alimentenhilfen (Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe) weiterhin bei den Einwohnergemeinden liegen soll? (siehe Kapitel 4.4 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>3</b>	<b>Befürworten Sie, dass die Zuständigkeit im Bereich des internationalen Alimenteninkassos weiterhin bei den Einwohnergemeinden liegen soll? (siehe Kapitel 4.5 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input checked="" type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Das internationale Alimenteninkasso ist komplex und anspruchsvoll. Es fragt sich, ob hier die Einwohnergemeinden allenfalls überfordert sein könnten. Der Kanton könnte hier entlasten und entsprechend unterstützend diese Aufgabe erfüllen. Falls die aktuellen Bestrebungen greifen sollten, dass das internationale Inkasso auf nationaler Ebene (beim Bund) angesiedelt werden, könnte im Sinne einer vorübergehenden Lösung, die Zuständigkeit bei den Einwohnergemeinden bleiben. Allerdings mit Unterstützung des Kantons.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>4</b>	<b>Befürworten Sie, dass den Gemeinden bei der Organisation der Alimentenhilfen (Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe sowie internationales Alimenteninkasso) hohe organisatorische Flexibilität belassen werden soll, sofern sie die Vorgaben an die Fachlichkeit erfüllen? (siehe Kapitel 4.4 und 4.5 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input checked="" type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Sofern dies bei vorhandener Fachkompetenz möglich und gewährleistet ist.

	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
--	--	---------------------------------------

<b>5</b>	<b>Befürworten Sie, dass der Regierungsrat die fachlichen Anforderungen an die Leistungserbringung in der Sozialhilfe auf Verordnungsstufe konkretisieren soll? (siehe Kapitel 4.3 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>6</b>	<b>Befürworten Sie, dass die Inkassohilfe und die Alimentenbevorschussung – mit Ausnahme des internationalen Inkassos – jeweils von der gleichen Stelle geführt werden muss? (siehe Kapitel 4.1 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>7</b>	<b>Befürworten Sie, dass eine Inkassohilfe für weitere familienrechtliche Ansprüche eingeführt werden soll (Ansprüche auf besondere Beiträge für nicht vorhergesehene ausserordentliche Bedürfnisse des Kindes und Ansprüche der unverheirateten Mutter)? (siehe Kapitel 4.2 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>8</b>	<b>Befürworten Sie, dass die Dienststelle Soziales und Gesellschaft im Bereich der Alimentenhilfen einen erweiterten Koordinationsauftrag wahrnehmen soll? (siehe Kapitel 4.6.1 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

<b>9</b>	<b>Befürworten Sie, dass das Gesundheits- und Sozialdepartement in der Sozialhilfe (Alimentenhilfen, wirtschaftliche und persönliche Sozialhilfe sowie Nothilfe) eine Oberaufsicht über die Aufsicht des Gemeinderates ausüben soll? (siehe Kapitel 4.6.2 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>10</b>	<b>Befürworten Sie, dass eine gesetzliche Grundlage für den sogenannten Übergangsmonat in der wirtschaftlichen Sozialhilfe gemäss SKOS-RL C.4.3 geschaffen wird? (siehe Kapitel 5 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
<b>11</b>	<b>Haben Sie weitere Bemerkungen?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> nein	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> ja, nämlich	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.